

Wissenschaftsgespräche bei den Minoriten 2009

Gesamthema: „SCHUBUMKEHR! – Rückbau als Vision“

Klimawandel, Wachstumsende, soziale Konsequenzen

Mein Zugang zu diesem Thema ist das Projekt "Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft". Das Anliegen dieser Initiative ist eine gerechtere, zukunftsfähige und friedensfähige Gestaltung der menschlichen Entwicklung - vor allem auch auf globaler Ebene.

Denn: Die "Schicksalsgemeinschaft Menschheit" ist Realität!

Bereits im Jahr 2004 titelte die UNO: *"Die Welt steht auf der Kippe"* anlässlich des ersten Berichtes des IPCC zum Problem Klimawandel.

"Die Lage ist sehr ernst", meinte einer unserer Wirtschaftsmanager, Claus Raidl, anlässlich einer Diskussion zur Finanz- und Wirtschaftskrise.

Dieser Befund ist weder neu noch besonders originell: Wenn man im ersten Bericht des Club of Rome aus dem Jahr 1972 über die "Grenzen des Wachstums" nachliest, kann man feststellen, dass viele der Fehlentwicklungen schon damals präzise vorausgesagt wurden.

Der große "Erdgipfel" der UNO 1992 in Rio befasste sich mit den zwei aktuellen Hauptthemen der Menschheit: "Nachhaltigkeit und Entwicklung".

Geschehen ist genau das Gegenteil! Seit 1994 erlebten wir den weltweiten Siegeszug eines einseitig profitgetriebenen Marktfundamentalismus als militante Ideologie beziehungsweise als "Ersatzreligion".

Innerhalb von nur 20 Jahren mussten wir das Versagen zweier extremer Ideologien miterleben:

1989 den inneren Zusammenbruch des Kommunismus mit Planwirtschaft und Unfreiheit;
2008 die Pleite des profitgetriebenen Kapitalismus.

Beide Ideologien haben große Schäden in Wirtschaft und Gesellschaft sowie millionenfaches menschliches Leid verursacht.

Aktuelle Dramatik

Die besondere Dramatik unserer derzeitigen Entwicklung besteht darin, dass erstmals in der Geschichte drei weltweite Bedrohungen gleichzeitig auftreten:

- a) Eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise mit dramatischen Folgewirkungen durch den Zusammenbruch von Unternehmen, stark steigende Arbeitslosigkeit und geradezu explosionsartige Neuverschuldung der Staaten, was eine enorme Hypothek für die kommenden Jahre und Jahrzehnte bedeutet.
- b) Ressourcenkrise in den Bereichen Energie, Rohstoffe und Lebensmittel - verschärft durch den immer brutaleren Zugriff der Spekulation auf diese lebenswichtigen Ressourcen.
- c) Bedrohung der menschlichen Zivilisation durch das immer deutlicher sichtbar werdende Phänomen eines von den Menschen ausgelösten Klimawandels. Seit Beginn der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert ist die Menschheit in die Falle des Raubbaues an Ressourcen und die Nutzung der fossilen Energie getappt.

"Mega-Herausforderungen" für die Menschheit

Die Menschheit ist im 21. Jahrhundert gleichzeitig mit zwei "Mega-Herausforderungen" konfrontiert:

- 1) Dem unausweichlichen Umstieg der Menschheit von einer "Zivilisation des Raubbaues" auf eine "Zivilisation der Nachhaltigkeit" - denn nur dadurch ist eine zukunftsfähige Entwicklung gesichert. Es geht um eine neue und dauerhafte Balance der Menschen und ihres Handelns mit dem "Natursystem" Erde.
- 2) Durchsetzung eines Mindestmaßes an weltweiter Gerechtigkeit, Respektierung der Würde aller Menschen und gelebter Solidarität in Form einer funktionsfähigen "Global Governance". Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde sind die Grundvoraussetzungen für eine "friedensfähige" Entwicklung.

In der Bewältigung dieser globalen Herausforderungen kommt Europa eine besondere Verantwortung zu. Aus dem bitteren Leid der Selbstzerfleischung in zwei Weltkriegen wurde seit 1950 das Projekt der europäischen Einigung auf der Basis von Friede, Freiwilligkeit, Demokratie und Toleranz entwickelt. Bei allen Mängeln und "Kinderkrankheiten" ist dieses Integrationsprojekt einmalig und ein Beispiel für die Bewältigung der globalen Herausforderungen.

"Globalisiert den europäischen Wohlfahrtsstaat!", schreibt Trautl Brandstaller im "Goldenen Buch" des Bundeskanzleramtes (2005):

"Das europäische Modell - der Wohlfahrtsstaat, der seinen Bürgern ein "gutes Leben" ermöglicht, als Alternative zum neuen Sozialdarwinismus, zum Hobbes'schen Kampf aller gegen alle - kann sich nicht nur als Modell für die "Festung Europa" verstehen, wir müssen auch versuchen, seine Grundprinzipien weltweit durchzusetzen. Das europäische Modell kann Bausteine liefern für den Aufbau einer gerechteren Weltordnung."

Nur wenn die weltweit wachsende Kluft zwischen Arm und Reich geschlossen wird, wenn das derzeitige Dogma eines sozial und ökologisch ungebremsten globalen Marktes aufgegeben wird, hat eine neue Weltordnung Chancen, realisiert zu werden. Damit könnte der europäische Wohlfahrtsstaat als globales Modell dazu beitragen, die weltweiten sozialen Konflikte abzubauen und künftige Kriege zu verhindern."

"Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft"

Mit dem Modell der "Ökosozialen Marktwirtschaft" und dem seit 2003 existierenden Projekt "Global Marshall Plan" (Global Contract) liegt seitens der Zivilgesellschaft ein in sich schlüssiges Modell vor - die Politik bräuchte es nur zu übernehmen!

Stattdessen überwiegen in den Diskussionen in Politik und Medien Ratlosigkeit und Widersprüchlichkeit. Die einen argumentieren, man müsse den Kapitalismus "neu erfinden", die anderen sehen das Heil in einer neuen Form von Verstaatlichung und Planwirtschaft. Beides kann es nicht sein!

Die aktuellen Diskussionen muten so an, als hätte es die "Soziale Marktwirtschaft" als erfolgreichstes und "menschenfreundlichstes" Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nie gegeben. Bezeichnenderweise umschrieb Ludwig Erhard, der "Vater" der Sozialen Marktwirtschaft, sein Modell mit den Worten: *"Wohlstand für alle!"*

Völlig im Kontrast dazu die Ideologie des gegenwärtigen Marktfundamentalismus, formuliert von Milton Friedman: *"Die soziale Verantwortung von Managern ist Profitmaximierung für die Aktionäre."*

In Weiterentwicklung des in Mitteleuropa so erfolgreichen Modells der Sozialen Marktwirtschaft vertreten wir im Ökosozialen Forum seit beinahe 20 Jahren das Modell einer "Ökosozialen Marktwirtschaft".

Dabei geht es um drei gleichwertige und gleichrangige Ziele in der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft:

1. **Wirtschaft:** Sicherung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf der Basis von höchstmöglicher Bildung, Qualifikation, Forschung und Innovation;
2. **Soziales** in Form fair finanzierter Sozialeinrichtungen des Staates, in Form eines leistungsfähigen Sozial- und Gesundheitssystems; gleichzeitig aber auch Unterstützung der sozialen Solidarität innerhalb der Familien sowie freiwilliger sozialer Netze; schließlich aber auch das Grundprinzip weltweiter sozialer Solidarität;
3. **Ökologie** im Sinne des nachhaltigen Schutzes unseres Lebensraumes und der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, wobei die ökologische Kostenwahrheit und das Verursacherprinzip – ergänzt durch nachhaltigkeitsorientierte Gestaltung im Bereich Steuern, Förderung und Gesetzgebung – die Hauptinstrumente darstellen, damit nachhaltiges Handeln auch wirtschaftlich belohnt wird.

Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft könnte den Rahmen für eine zukunfts- und friedensfähige Entwicklung darstellen. Dabei geht es um folgende Schwerpunkte:

- a) Durchsetzung weltweit gültiger Sozial- und Umweltstandards in allen globalen Institutionen und Vertragswerken - beginnend bei der WTO;
- b) faire Ordnung für die Finanzmärkte und Vermeidung destruktiver Spekulation in den Bereichen Finanzmarkt, Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel;
- c) faire Steuersysteme im Zusammenwirken der Staaten, Beseitigung von Steueroasen als Instrumente für Steuerhinterziehung, Bilanzfälschung und Geldwäsche;
- d) partnerschaftliche Zusammenarbeit und Durchsetzung einer funktionsfähigen Global Governance.

Mit dem Projekt "Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft" haben wir diesen Denkansatz in einem praktikablen Anwendungsmodell formuliert. Es geht dabei um eine "Win-win-Strategie" für "Nord" und "Süd" im Sinne eines "Global Contract". Grundprinzip ist ein "Zwei-Säulen-Modell":

1. Faire Entwicklungschancen für alle = Global Marshall Plan
2. Faire Spielregeln für die Weltwirtschaft = weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft

Klimawandel, Wachstumsende, soziale Konsequenzen

Das sind die drei aktuellen Diskussionsthemen des heutigen Abends.

I. Thema Klimawandel

Bereits im Jahr 1996 hat sich die EU darauf verständigt, alles zu tun, um die Erderwärmung mit + 2° C zu begrenzen.

Das im Jahr 1997 ausverhandelte Kyoto-Protokoll brachte - ausgehend von der Rio-Konferenz 1992 - einen Wendepunkt in der globalen Politik, weil sich erstmals die Industriestaaten darauf verständigten, den Ausstoß an Treibhausgasen zu reduzieren. Vom quantitativen Ergebnis war die Kyoto-Konferenz eher eine Enttäuschung.

Nun ruhen die Hoffnungen auf "Kopenhagen 2009"!

Aus der Global Marshall Plan Initiative heraus haben Lutz Wicke und andere schon im Jahr 2006 einen Diskussionsvorstoß unter dem Titel "Kyoto Plus" unternommen. Diese Initiative wurde durch eine Entschließung im Deutschen Bundestag aus dem Jahr 2006 untermauert.

Darin werden einige zentrale Eckpunkte für eine strukturelle Weiterentwicklung des "Kyoto-Prozesses" formuliert:

- Eine feste Begrenzung auf maximal 2 Grad Erwärmung des Weltklimas soll "international verbindlich" werden.
- Das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionshandels soll weltweit umgesetzt werden, wobei die Höchstmengen auf das 2-Grad-Ziel auszurichten sind.
- Es soll geprüft werden, ob eine Zuordnung von Emissionsrechten nach gleichen Pro-Kopf-Anteilen umsetzbar ist.

Angesichts der Tatsache, dass die Pro-Kopf-Emissionen derzeit in den USA und Australien bei 25 Tonnen, in der EU bei 10 Tonnen, in China bei 3,5 Tonnen, in Indien bei 2 Tonnen und in Afrika bei 0,5 Tonnen pro Jahr liegen, wären weltweit gleiche Emissionsrechte pro Kopf ein ziemlich revolutionärer Ansatz. Denn gleichzeitig ginge es darum, die derzeitige Gesamtmenge an Treibhausgasen in Höhe von 30 Milliarden Tonnen in den kommenden Jahrzehnten auf etwa 5 Milliarden Tonnen weltweit zurückzuschrauben.

Ausgehend von diesen Überlegungen hat insbesondere die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der wissenschaftlichen Grundlagenarbeit des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung im Rahmen der G-20 eine Reihe weiterer Vorstöße unternommen. So forderte sie am 5. Februar 2009 anlässlich eines Gipfeltreffens mit Spitzenvertretern von UNO, WTO, OECD, IWF und Weltbank die Entwicklung einer weltweiten "Charta für nachhaltiges Wirtschaften".

Schon zuvor hatte sie in ihrer Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 30. Jänner 2009 fünf Punkte für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung formuliert - fünf Punkte, die sich in einem hohen Maß mit den Inhalten unseres Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft decken.

Das Ökosoziale Forum Europa hat in Zusammenarbeit mit dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung in einer hochrangigen internationalen Konferenz am 11. November 2008 im EU-Parlament in Brüssel Grundprinzipien für die Weiterentwicklung des Kyoto-Prozesses formuliert:

"Ziel sollte ein globales Abkommen sein, welches eine Reduktion um mehr als 50 % der globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 (verglichen mit 1990) bewirkt. Nach dem Vorsorgeprinzip empfiehlt es sich, langfristig eine durchschnittliche Pro-Kopf-Emission von weniger als 1 Tonne CO₂-Äquivalente anzustreben. Das Abkommen sollte die Rechte und Pflichten aller Staaten festlegen sowie die Lasten für Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen in effektiver, effizienter und gerechter Weise aufteilen." ("Global Contract based on the Principle of Climate Justice", Brüssel, 11. November 2008)

In Vorbereitung der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 hat sich der Rat der EU-Umweltminister im März 2009 dafür ausgesprochen, dass die EU ihre Emissionen bis 2020 um 30 % reduzieren wird, sofern sich andere Industrieländer und die fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu vergleichbaren Maßnahmen bereit erklären.

Die Schaffung eines weltweiten CO₂-Marktes einschließlich eines verbesserten Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung wird angestrebt. Ebenso spricht sich die EU für eine gemeinsame Finanzierung und faire Lastenverteilung im Hinblick auf die Reduzierungsmaßnahmen aus.

II. Thema Wachstum

Eines ist klar: Das derzeitige Wirtschaftssystem mit seinem immanenten Wachstumszwang – beruhend auf Ressourcenausbeutung und Umweltvergiftung – muss zwangsläufig im Kollaps münden.

Auf diese "physikalische Grundwahrheit" verweist der erste Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums ebenso wie viele andere wissenschaftliche Arbeiten – unter anderem Hartmut Bossel in seinem Buch "Globale Wende". Darin wird der notwendige Umstieg in der Entwicklung des Humansystems auf einen "nachhaltigen Pfad" der Naturverträglichkeit eindrucksvoll herausgearbeitet.

Aber Vorsicht: Das Thema "Wachstum" ist vielschichtig!

- a) Zunächst müssen wir die Kluft zwischen den gesättigten Märkten in den hoch entwickelten Ländern und den im Gegensatz dazu mehr als 2 Milliarden Menschen, die in bitterster Armut unter menschenunwürdigen Bedingungen existieren müssen, beachten.

Auf die Überwindung dieser unerträglichen Kluft zielen die von der UNO im Jahr 2000 beschlossenen Millennium Development Goals mit ihren 8 zentralen Forderungen:

- Ausrottung von Hunger und extremer Armut;
- Grundschulausbildung für alle Kinder;
- Gleiche Rechte für Frauen;
- Reduzierung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel;
- Reduzierung der "Müttersterblichkeitsrate" um drei Viertel;
- Bekämpfung von HIV/Aids/Malaria etc.;
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit;
- Globale Entwicklungspartnerschaft.

- b) Eine zentrale Frage lautet: Um welches Wachstum handelt es sich?

1. **Materielles Wachstum:** In diesem Bereich ist eine radikale Entkoppelung des wirtschaftlichen Wachstums vom Bedarf an Energie und Rohstoffen einerseits und der Verursachung von Umweltbelastungen andererseits notwendig. Franz Josef Radermacher vertritt in unserer Global Marshall Plan Initiative das Ziel eines "doppelten Faktor 10": Weltweit betrachtet eine um den Faktor 10 erhöhte Wirtschaftsleistung bei gleichzeitig einem Zehntel des Ressourcenbedarfes. Eine solche Wachstumsstrategie ist nur auf der Basis einer "solaren" Zivilisation mit Hilfe einer neuen technologischen Revolution vorstellbar. Der Schlüssel dazu lautet: Kostenwahrheit, denn nur dann wird es zur Mobilisierung aller möglichen Innovationen kommen.
2. Vom quantitativen zum **qualitativen Wachstum:** Noch viel wichtiger ist eine Abkehr von der bisherigen Dominanz eines quantitativen Wachstumsverständnisses hin zu einem qualitativen Verständnis von Wachstum. Dabei geht es nicht um ein "Mehr" an materiellen Gütern, sondern um ein Wachstum im "nicht-materiellen Bereich", wie zum Beispiel:
 - Bildung
 - Gesundheit
 - Kultur
 - Soziales Wohlbefinden
 - Gerechtigkeit
 - Zufriedenheit
 - erfülltes Leben etc.

Die entscheidende Voraussetzung dafür ist ein tiefgreifender Bewusstseinswandel als wichtiger Schritt in der Gesamtentwicklung der Menschheit.

Seit dem Beginn der Aufklärung im 15./16. Jahrhundert kam es weltweit zu einer immer stärkeren Dominanz des sogenannten *rationalen* oder *mental*en Bewusstseins mit großartigen Erfolgen in Wissenschaft und Technik. Dieses rationale Denken stößt nun an seine Grenzen. Die "Rettung" wird in der Entwicklung eines "*integralen Bewusstseins*" gesehen, welches sowohl die Beziehung zwischen Mensch und Lebensraum, die Beziehung zwischen Mensch und Mitmensch, aber auch die Beziehung zwischen Mensch und Transzendenz zum Inhalt hat.

III. Soziale Konsequenzen

Dabei handelt es sich um überaus vielschichtige Herausforderungen:

- Das Verhältnis und die Verantwortung zwischen den Generationen: Raubbau an natürlichen Ressourcen, Verschuldung der Staaten, Überbeanspruchung der Sozialsysteme etc. bedeuten eine Hypothek für die nächste Generation und schränken deren Entwicklungsmöglichkeiten ein. Hier geht es also um das Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen.
- Das Verhältnis zwischen Wirtschaft (Unternehmen) und Arbeitnehmern wurde durch die kapital- und profitgetriebene Ökonomie der vergangenen zwei Jahrzehnte zunehmend belastet. Globalisierung der Wirtschaft ohne weltweit verbindliche soziale Standards führte zur Verlagerung von Produktionsstandorten in Länder mit niedrigsten Löhnen und ohne Sozialstandards, was zum Verlust von Arbeitsplätzen, Druck auf Löhne und Erosion der Sozialsysteme bei uns führte. Was wir daher brauchen, ist eine neue, weltweite Solidarität zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern im Sinne einer neuen Sozialen Marktwirtschaft auf globaler Ebene.
- Innerhalb der Staaten ist eine Zunahme von Gruppenegoismen beziehungsweise eine Zunahme an Intoleranz und populistischer Verhetzung festzustellen. Dazu kommt eine zum Teil erschreckende Entscheidungsschwäche der politischen Akteure.
- Am gefährlichsten ist aber die geradezu explosionsartige Zunahme an Ungerechtigkeiten auf globaler Ebene: Armut und Reichtum; Ressourcenverbrauch und Ressourcenmangel; Ressourcenausbeutung und Umweltzerstörung etc.

Welche Entwicklung?

Grob gesprochen lassen sich drei Szenarien für eine mögliche Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten erkennen:

1. Weitere Entwicklung wie bisher nach den Prinzipien des Raubbaues an Ressourcen, der zunehmenden Umweltbelastung und eines verstärkten Klimawandels, was mit Sicherheit zum Kollaps und zur Existenzgefährdung für die Menschheit als Bewohner dieses Planeten führen muss.
2. Politik nach dem Prinzip: "Recht des Stärkeren" - das würde bedeuten, dass sich jene Staaten bzw. Nationen, welche über ausreichende militärische, wirtschaftliche und politische Macht verfügen, sich der für sie wünschenswerten Ressourcen auf Kosten des Restes der Menschheit bemächtigen. Ein solches Szenario ist in Ansätzen erkennbar und würde die desaströse Entwicklung der Menschheit nur beschleunigen.
3. Eine neue weltweite Entwicklung auf der Basis von Gerechtigkeit, Solidarität, Respektierung der Menschenwürde, Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit. Das ist das Modell des Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft aller Staaten, ihrer Regierungen und Parlamente, aber auch aller Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft, sich auf eine gemeinsame globale Überlebensstrategie zu verständigen.

Erste hoffnungsvolle Ansatzpunkte sind in der Erweiterung der G-7 auf die G-20 unter Einbeziehung wichtiger Schwellenländer erkennbar. Das Ziel muss aber eine wirklich funktionsfähige Global Governance auf Basis einer erneuerten und handlungsfähigeren UNO sowie auf Basis der inhaltlichen Neuausrichtung aller globalen Institutionen im Sinne einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft sein.

Sofortprogramm für Regierungen und Parlamente

Angesichts der durch die hemmungslose Spekulation ausgelösten weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sind alle Staaten und alle globalen Institutionen aufgefordert, in einem "Sofortprogramm" folgende fünf Punkte rasch umzusetzen:

1. Durchsetzung weltweit gültiger Regeln und Kontrollen für die Finanzmärkte;
2. wirksame Vorkehrungen gegen destruktive Spekulation in den Bereichen Finanzmärkte, Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe;
3. rasche Durchsetzung einer weltweiten Abgabe auf Kapitaltransfers;
4. sofortiges Schließen aller Steueroasen;
5. Beginn einer neuen WTO-Verhandlungsrunde zur Implementierung von Sozial- und Umweltstandards; gekoppelt mit einer leistungsfähigen Kofinanzierung für die ärmeren Länder.

"Es ist eine Zeit gekommen, in der wir uns auf gemeinsame Menschheitsaufgaben verständigen und uns an sie binden können. Jetzt erkennen alle: Wir brauchen Ordnung in der Globalisierung, anerkannte Regeln und effektive Institutionen. Diese Ordnung muss dafür sorgen, dass globale öffentliche Güter wie internationale Finanzstabilität, Begrenzung der Erderwärmung und die Gewährleistung freien, fairen Handels gemeinsam definiert und bereitgestellt werden. Es geht um unsere Verantwortung für globale Solidarität. Es geht um die unveräußerliche Würde aller Menschen. Es geht um eine Weltwirtschaft, in der Kapital den Menschen dient und nicht Herrscher über die Menschen werden kann.

Begreifen wir den Kampf gegen Armut und Klimawandel als strategische Aufgaben für alle. (...) Der Kampf gegen die Armut und der Kampf gegen den Klimawandel müssen gemeinsam gekämpft werden. (...) Wir brauchen als Weltgemeinschaft ein gemeinsames, verbindendes Ethos. Wir müssen uns auf Werte verständigen, die wir alle teilen und deren Missachtung die Gemeinschaft nicht dulden wird. Das Grundprinzip lautet: Wir wollen andere in Zukunft nur so behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen." (Bundespräsident Horst Köhler, Berliner Rede 2009, 24. März 2009).